



20. Dezember 2019

Arbeit im Landtag



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche war für Armin Laschet der NRW Landtag mal wieder Tatort des Geschehens. Auch wenn sich der Ministerpräsident selbst offenbar lieber sonntags um 20:15 im Ersten sieht, hat er sich vergangenen Mittwoch der Generaldebatte um seinen Haushalt stellen müssen. Dort konnte er zeigen, wie er seine Rolle als Ministerpräsidenten-Darsteller interpretiert. Spannend, denn besonders häufig haben wir ihn in dieser Legislaturperiode noch nicht im Plenum erlebt.

Wir haben bei der Generaldebatte beispielweise folgendes gefordert:

- ⇒ **die vollständige Kita-Beitragsfreiheit**
- ⇒ **eine solide und planbare Finanzierung für Kindertagesstätten**
- ⇒ **A13 für alle Lehrkräfte**
- ⇒ **250 Mio. Euro für 1.000 Talentschulen**
- ⇒ **die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft**

Darüber hinaus haben wir zur 3. Lesung des Haushalts unser Konzept für ein NRW.Sofortprogramm eingebracht, mit dem wir die dringend notwendigen Investitionen in unserem Land ermöglichen wollen. Das sind 1 Mrd. Euro u.a. für die digitale Infrastruktur, den Bau von Landesstraßen, eine klimafreundliche Verkehrspolitik, die Sanierung von Kitas und Jugendzentren und für den Ausbau des Ganztags.

Liest man sich allerdings die vernichtenden Stellungnahmen von Gewerkschaften und Verbänden zum Haushalt der Landesregierung durch, wird die **geringe** Bereitschaft von CDU und FDP, eine zukunftsweisende Politik für die Vielen zu gestalten, deutlich. Im Mittelpunkt dieses letzten Plenums im Jahr 2019 stand zudem unsere Themenwoche #FairGehtMehr. Wir haben drei Anträge eingebracht, mit denen wir NRW zum Motor der Nachhaltigkeitswende machen wollen:

- ⇒ **NRW.fair – Land und Kommunen zum Motor fairer Beschaffung machen**
- ⇒ **NRWs Beitrag zu einem Lieferkettengesetz: Faire Produktionsbedingungen für die Vielen schaffen**
- ⇒ **Wege zu mehr Verantwortungsbewusstsein in der Konsumgesellschaft**

Die schwarz-gelbe Landesregierung agiert in ihrem Entfesselungswahn hierbei leider ohne jeden Plan. Deshalb wollen wir für mehr Bewusstsein sorgen – nicht nur bei Verbrauchern, sondern vor allem bei CDU und FDP.

Weniger Tatort, dafür allerdings mehr Tatkraft wäre hier durchaus angebracht!

Finale Abstimmung über Straßenausbaubeiträge

Der Landtag hat vergangenen Mittwoch mit den Stimmen von CDU und FDP die erfolgreichste Volksinitiative in NRW, eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, abgelehnt. Hierzu erklären die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier: „Heute haben CDU und FDP die Abschaffung der ungerechten und bürokratischen Straßenausbaubeiträge abgelehnt. Damit missachtet diese Koalition über 120 Resolutionen aus Städten und Gemeinden in NRW, über 60 Bürgerinitiativen und die Stimmen von knapp 500.000 Menschen, die die Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zur erfolgreichsten in der Geschichte des Landes gemacht haben.“

Alle Abgeordneten von CDU und FDP haben ausnahmslos gegen eine Abschaffung der Beiträge gestimmt. Gleichzeitig haben die Abgeordneten von CDU und FDP für ein Gesetz gestimmt, das nach dem parlamentarischen Gutachterdienst nicht den Anforderungen der Verfassung entspricht. Mit diesem Gesetz wird bei den Kommunen das Verhältnis zwischen Einnahmen aus den Beiträgen und dem Aufwand, den es für die Erhebung dieser Beiträge braucht, weiter verschlechtert. Das macht das bürokratische System der Straßenausbaubeiträge noch unwirtschaftlicher und insgesamt unsinnig.

Wir werden weiter mit den Bürgerinitiativen und den Menschen im Land für die Abschaffung der ungerechten und bürokratischen Straßenausbaubeiträge kämpfen. Straßenausbaubeiträge kann man abwählen – im September 2020 bei der Kommunalwahl und im Jahr 2022 bei der Landtagswahl.“



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Mehr Verantwortungsbewusstsein in unserer Konsumgesellschaft

Nicht nur die Verbraucher, sondern auch die Anbieter müssen langfristig mehr Verantwortung für nachhaltiges Handeln übernehmen. Unsere Art zu leben schadet dem Klima, der Umwelt und dem sozialen Frieden. Wir haben deshalb eine Landesstrategie für verantwortungsvollen Konsum, in der klare und nachprüfbar Ziele für nachhaltiges Handeln festgelegt werden, gefordert. Es gilt Anreize für verantwortungsvolles Verhalten sowie mehr Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit für Vorzeigeprojekte zu schaffen. Die Vielen sollen von einem fairen NRW profitieren, nicht nur die Wenigen.

[Drucksache 17/8103](#)



Urheber: www.pixabay.com / 95C

Faire Produktionsbedingungen für die Vielen

In unserer global vernetzten Welt ist es keine Seltenheit, dass ein einziges Kleidungsstück arbeitsteilig von bis zu 140 Akteuren aus verschiedensten Ländern produziert wird. Lieferketten sind heute komplexer als jemals zuvor. Die Produktionsbedingungen sind dabei nicht selten von Zwangsarbeit, Ausbeutung, Kinderarbeit und umweltschädlichen Methoden geprägt. Glücklicherweise entwickeln Verbraucherinnen und Verbraucher zunehmend ein Bewusstsein für die Problematik. Wir müssen faire Produktionsbedingungen für die Vielen schaffen und haben an die Landesregierung appelliert, sich gegenüber der Bundesregierung für ein Lieferkettengesetz stark zu machen. Damit sollen Unternehmen dazu verpflichtet werden, sich an Menschenrechte und Umweltstandards zu halten.

[Drucksache 17/8102](#)



Urheber: www.pixabay.com / geralt

NRW zum Motor der Nachhaltigkeitswende machen

Jedes Jahr vergibt die öffentliche Hand Aufträge in Höhe von ca. 50 Mrd. Euro. Die öffentliche Beschaffung fair und nachhaltig zu gestalten wäre also schon ein großer Schritt in die richtige Richtung, wenn wir die Nachhaltigkeitswende in NRW voranbringen möchten. Momentan sind Kommunen aber rechtlich nicht abgesichert, wenn es um faire und nachhaltige Beschaffung geht. Wir wollen mit unserem Antrag dafür sorgen, dass alle Kommunen in NRW unabhängig von ihrer Haushaltssituation Nachhaltigkeitsaspekte in ihren Ausschreibungen aufnehmen können und dabei durch Rechtssicherheit gestützt werden.



Urheber: www.pixabay.com / annc

Drucksache 17/8104

NRW braucht eine klare Linie beim Klimaschutz

In seiner Plenarrede am 19.12. zeigte André Stinka, der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, an einer Reihe von Zitaten auf: Dem Ministerpräsidenten und der gesamten Landesregierung fehlt eine klare Linie beim Klimaschutz.

Das schadet sowohl der Akzeptanz für den Klimaschutz in der Bevölkerung, als auch dem Industrieland NRW. Nur wenn die Landesregierung hier vorangeht, dann ist der Klimaschutz Fortschrittmotor und nicht Wachstumsbremse.

Hier geht's zur Rede im Video



Urheber: Landtag NRW

Generation Europa: Influencer gesucht!

Aufruf zur Teilnahme an der Europawoche

„Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen“, so der ehemalige französische Außenminister Robert Schuman im Jahr 1950. „Schöpferisch tätig werden, das soll eine möglichst breite Masse der Zivilgesellschaft. Dazu richtet das Europaministerium des Landes einen Kreativwettbewerb zur Europawoche aus. Ganze Kommunen, Vereine, Schulen, Hochschulen, aber eben auch Privatpersonen in Nordrhein-Westfalen können sich mit ihren Projektideen bewerben, die die europäische Idee, insbesondere zu den Themen „Unsere Umwelt“, „Unsere Medien“ und „Unsere Zukunft“ in Nordrhein-Westfalen unterstützen und verbreiten“, informiert der SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier. Die Projekte können dabei sowohl als eher klassisches Format, etwa als Workshop, Seminar, oder Film- und Fotodarstellung, als auch als Gallery- oder Snapchat- & Instawalks abgehalten werden. Wichtig ist, dass sie in der Europawoche vom 2. – 10. Mai 2020 in Nordrhein-Westfalen stattfinden. Prämierte Projekte können sich über bis zu 2.000 Euro freuen. Einsendeschluss ist der 22. Januar 2020.

Weiterführende Informationen finden sich unter:

<https://mbei.nrw.de/europawoche>.



Urheber: Gianluca Bruno

Wahlkreisarbeit

Festliches Jubiläum: 60 Jahre Musiktheater im Revier in Gelsenkirchen



Urheber: Gianluca Bruno

Am 15. Dezember 1959 erhob sich zum ersten mal der Vorhang im Musiktheater im Revier. Dies wurde nun am vergangenen Jubiläumswochenende mit zahlreichen Festveranstaltungen gefeiert. In seiner Festrede erläuterte der Generalintendant des MiR die Bedeutung des Theaterbaus auch über die Stadtgrenzen hinaus. Dass die Stadt Gelsenkirchen auch in wirtschaftlichen schwierigen Zeiten zum Theater gestanden hat, ist ein klares Bekenntnis zum Erhalt des kulturellen Angebots in der Stadtgesellschaft. Das Musiktheater ist nicht nur eine reine Spielstätte für Kulturfans, es setzt auch klare gesellschaftliche Zeichen in unserer Stadt und ist ein fester Bestandteil der Demokratischen Initiative. Beim Festakt lobte der Bundestagspräsident a. D. Norbert Lammert unter anderem die herausragende Arbeit des Hauses. Die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier wünschen dem Musiktheater im Revier weitere 60 Jahre fortbestehen und weiterhin viele spannende, außergewöhnliche und gut besuchte Vorstellungen und hoffen weiterhin auf gesellschaftliches Engagement!



Urheber: Daniel Behmenburg

Heike
Gebhard



V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf



Sebastian
Watermeier